

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11, Arzámbala 18. • Telephon: 26793, 31469. • (Nachredaktion): 26797 • Postfach: 67544

11. Jahrgang.

Mittwoch, 2. September 1931

Nr. 204.

## Deutscher Gewerkschaftskongress.

Frankfurt a. Main., 1. September. In der heute stattgefundenen Sitzung des deutschen Gewerkschaftskongresses forderten zwei Redner, einer aus Breslau, der andere aus Stuttgart, daß mit der Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Bränning Schluß gemacht werde. Alle übrigen Diskussionsredner traten dem entgegen und erklärten, daß die Abwehr des Faschismus die bisherige taktische Linie der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie notwendig gemacht habe. Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschliesung wurde einstimmig angenommen. Es wird darin dagegen protestiert, daß in der gegenwärtigen Situation die schwersten Opfer gerade die Arbeiter — durch Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen — tragen sollten. Das Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter auf allen Gebieten, auch auf dem der Tarifverträge zu beschränken, wird verurteilt, und die Befestigung der Härten der Notverordnung vom 5. Juni gefordert.

In einer weiteren Entschliesung wurde der Bundesvorstand beauftragt, die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes, eine großzügige Aktion zwecks internationaler Arbeitsbeschaffung mittels internationaler Kreditvereinbarung zu unterstützen.

Sodann kam das Referat des Heidelberger Universitätsprofessors Dr. Lederer über die Umwälzung in der Wirtschaft und die 40-Stundenwoche zum Vortrag. Professor Lederer begann mit einer Aufzeichnung der Merkmale, die die heutige katastrophale Krise von den Krisen früherer Zeiten unterscheiden. Als Ausgangspunkt der Krise bezeichnet er die tiefgreifenden technischen Veränderungen während des Krieges und der Nachkriegszeit. Nachdem der Redner ausführlich die Auswirkungen dieser Entwicklung geschildert hatte, ging er auf die Einwirkungen ein, die die heutige Krise verursachen. Während die Wirtschaft früher eine Verknüpfung mit der Politik nicht gekannt habe, sei sie heute gegen politische Stimmungen empfindlich. Das Kapital sei jeden Moment bereit, sich zurückzuziehen. Zwischen der heutigen Krise und dem Wiederaufstieg liege eine weite Kluft, die man nicht überspringen könne, sondern ausfüllen müsse. Um eine planmäßige Lenkung des Kapitalstromes werde man nicht herumkommen und zwar nicht durch förmliche Vorschriften, sondern durch Zurückhaltung der künstlichen Preise, die die richtige Auswirkung des Kredites hemmen. Die politische Befriedigung der Völker bringe nach nicht eine Befestigung der Kartelle und Zollsysteme. Solange man noch nicht zu einer wirtschaftlichen Organisation komme, müsse man mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit rechnen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit komme nicht gleichmäßig für alle Arten von Industrien in Frage, sondern müsse von Fall zu Fall mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden. Prof. Lederer schätzte die Zahl von Arbeitern, die durch Verkürzung der Arbeitszeit Beschäftigung finden können, auf eine Million. Wenn sich die 40-Stundenwoche über kurz oder lang durchsetze, werde die deutsche Arbeiterschaft eine nationale Leistung vollbracht haben und eine der wichtigsten Gruppen in ihrer Entwicklung zurückgelegt haben. Die Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewonnene Freiheit für die Emanzipationsbewegung des Proletariats zu verwenden.

In der Nachmittags-sitzung nahm der Vortragende der freien Gewerkschaften Frankreichs Joubaux Paris das Wort, um die Grundsätze der französischen Arbeiter zu übermitteln. Die Solidarität, die die deutschen und die französischen Arbeiter verbindet, erklärte er u. a., müsse sich zu einem festen Zusammenschluß auswachsen. Wenn die Arbeiterkraft eines Landes im Unglück treffe, könne die Arbeiterschaft des Nachbarlandes nicht müßig sein. Die heutige Krise sei nur durch internationale Zusammenarbeit und Zusammenschluß aller Völker zu überwinden. Die französischen Gewerkschaften seien von Herzen bereit, ihre ganze Kraft bei der Erfüllung dieser Aufgabe aufzubieten.

In der Aussprache zum Referat Prof. Lederers wurde allgemein die Wichtigkeit der Frage der 40-Stundenwoche für die Arbeiterschaft betont und die Forderung erhoben, daß der Kongress die 40-Stundenwoche unterstütze. Die Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt.

## Wirtschaftsfragen im Völkerbündrat.

Litwinow gegen Präferenzen — Benachteiligung der tschechoslowakischen Industrie durch Ungarn. — Zollunion zurückgestellt.

Beginn der Ratstagung.

Genf, 1. September. Heute um 11 Uhr begann die 64. Tagung des Völkerbündrates. Der Ratstagung zeigt gegenüber der letzten Tagung ein etwas verändertes Bild. Den Vorsitz führt der spanische Außenminister Lerroux. England ist durch Lord Robert Cecil, Frankreich durch den Direktor der Völkerbündratsabteilung am Quai d'Orsay Ruffigli vertreten. Obwohl vor der Tagung ein ziemlich starke Nachfrage nach Eintrittskarten zu verzeichnen war, zeigt sich jetzt, daß die Tagung verhältnismäßig geringes Interesse findet. Die Beteiligung des Publikums und der Presse heute vormittag war außerordentlich schwach.

Die Sitzung, die etwa eine halbe Stunde dauerte, war mit der Verlesung einiger Berichte über die Arbeiten seit der letzten Ratstagung ausgefüllt. U. a. wurde ein Bericht über die Arbeiten des Wirtschaftskomitees verlesen, den der Vertreter Deutschlands erstattet hat. Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt.

Debatte über das Präferenzsystem.

Die Unterbringung der Getreideüberschüsse

Genf, 1. September. Das Koordinationskomitee hörte heute vormittags einen Bericht des französischen Delegierten Francois Boncet über die Arbeiten des Ausschusses, der sich mit dem Abjag der Getreideüberschüsse in Europa zu beschäftigen hatte. Die Vorschläge, die hierüber bisher gemacht worden sind, bestehen hauptsächlich auf Präferenzen für Getreide. In diesem Zusammenhang spielen insbesondere die Handelsverträge, die inzwischen von Deutschland mit Rumänien und Ungarn abgeschlossen worden sind, eine große Rolle. Francois Boncet bezeichnete den deutsch-rumänischen Handelsvertrag als „ein ausgezeichnetes Muster“, das den Bedingungen entspreche, die von den Organen des Völkerbündrates für die Eingliederung der Präferenzbehandlung in das System der Weltbegünstigungsklauseln aufgestellt worden seien.

Der russische Volkskommissar Litwinow wiederholte seine schon früher geäußerten Bedenken gegen das Präferenzsystem, das seiner Ansicht nach zu einer Ausnahmehandhabung Russlands führen werde. Francois Boncet betonte demgegenüber, daß es sich bei dem Präferenzsystem um eine vorübergehende Maßnahme handle, um einer akuten Notlage bestimmter Länder abzuheifen.

Genf, 1. September. (Sch. B.-B.) Das Koordinationskomitee des Europa-Ausschusses hat seine Beratungen über das Präferenzsystem mit der Annahme einer von dem deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Bosse, eingebrachten Entschliesung abgeschlossen, worin festgestellt wird, daß sich nach der Meinung des Komitees die Präferenzabmachungen im deutsch-rumänischen und im deutsch-ungarischen Handelsvertrag im Rahmen der Grundzüge, die von der zweiten Zollabfertigungsabfertigung im November 1930 aufgestellt worden sind, halten und daß diese Verträge ebenfalls die Bedingungen erfüllen, die in dem Bericht des Getreidekomitees des Europa-Ausschusses auf der Juni-Tagung aufgestellt worden sind.

Am weiteren Verlauf seiner Nachmittags-sitzung beschäftigte sich das Koordinationskomitee mit dem Bericht der wirtschaftlichen Sachverständigen über die Neuorganisation der europäischen Wirtschaft. Der Bericht spricht in seinem handelspolitischen Teil über die Notwendigkeit eines Abbaues des Zollpolitischen Durcheinanders in Europa, wobei als Endziel der wirtschaftlichen Annäherung die europäische Zollunion hingestellt wird.

## Beschwerden der Tschechoslowakei.

Krofta über den ungarisch-österreichischen Vertrag. In die Diskussion, die sich über die Frage der Präferenzen entwickelte, griff auch der Vertreter der Tschechoslowakei, bevollmächtigter Minister Dr. Krofta, ein, der an den kürzlich abgeschlossenen deutsch-rumänischen Handelsvertrag

erinnerte, welcher bekanntlich u. a. auch Bestimmungen über Vorzugszölle für Mais und Gerste enthält. Der tschechoslowakische Vertreter anerkennt, daß beide Regierungen bestrebt waren, den Prinzipien zu entsprechen, die in den verschiedenen im Rahmen des Völkerbündrates abgehaltenen Beratungen und Konferenzen festgesetzt und angenommen worden waren, doch behält sich die Tschechoslowakei, ehe sie ihre Zustimmung zu dem erwähnten Handelsvertrag erteilt, ein

Abkommen mit Deutschland über die Gewährung analoger Begünstigungen für die tschechoslowakische Gerstenausfuhr nach Deutschland vor.

Zu dem österreichisch-ungarischen Vertrage bemerkte der tschechoslowakische Delegierte, daß von verschiedenen Seiten der

Industrie beschweren darüber eingehen, daß Ungarn Österreich Begünstigungen für die Einfuhr von Industrieerzeugnissen einräumt, die es anderen Interessenten verweigert. Daher fürchte die Tschechoslowakei, daß der österreichisch-ungarische Handelsvertrag nicht in allem den in den verschiedenen Organen des Völkerbündrates festgesetzten Grundzügen entspreche. Weiter verlangt der tschechoslowakische Delegierte, um in dieser Angelegenheit Klarheit zu schaffen, die

## Demission Schobers?

Entscheidung über Zollunion wird vertagt? — Französische Meldungen. Paris, 1. September. Der Genfer Berichterstatter des „Reit Parisien“ meldet, daß die Verhandlungen über die Frage der österreichisch-deutschen Zollunion definitiv vertagt worden sind. Der Bericht hierüber werde heute, Dienstag, kundgemacht werden, ohne daß der Völkerbündrat das Urteil des Haager Gerichtshofes abwarten werde.

Dem „Matin“ zufolge habe der österreichische Botschafter Schöber bereits vor seiner Abreise aus Wien nach Genf dem französischen Gesandten gegenüber erklärt, Österreich werde auf den Plan der Zollunion verzichten. Die gleiche Erklärung habe Schöber nach seiner Ankunft in Genf dem General-Unterschatzsekretär des Völkerbündrates Venol gegenüber abgegeben. Mit der öffentlichen Erklärung habe er immer wieder geäußert, gedulde jedoch, sie heute im Koordinationskomitee abzulegen. Sie werde einen deutlichen und klaren, keineswegs doppeldeutigen Bericht Österreichs auf Verhandlungen über die Zollunion mit Deutschland beinhalten. Die Finanzlage Österreichs ist derart, schreibt der „Reit Parisien“, daß Österreich nicht weiter zögern darf, da ihm sonst keine finanzielle Hilfe zufließen würde. Es ist selbstverständlich, fügt das Blatt hinzu, daß dies eine völlige Niederlage der Politik Schobers bedeutet, und es verleiht in seiner Umdeutung, daß er sofort nach seiner Rückkehr aus Genf demissionieren werde.

## Widerheitkongress beendet.

Genf, 31. August. Die Tagung des 7. Kongresses der Nationalitäten ist heute abends abgeschlossen worden. Das Ergebnis der dreitägigen Beratungen wurde in zwei Entschliesungen zusammengefaßt. Als Gesamteindruck der Berichte über die Lage der einzelnen nationalen Volksgruppen in Europa wird darin festgestellt, daß schärfer als je in den durch Widerheitskongresse gebundenen Staaten ebenso wie in den vertraglich nicht gebundenen — abgesehen von wenigen Ausnahmen — die Assimilation betrieben wird. Das Präsidium des Kongresses wurde beantragt, den Ernst der Lage dem Völkerbund vorzustellen und die Notwendigkeit des Petitionsverfahrens zu betonen. In einer anderen Entschliesung heißt es, die materielle Abdringung könne mit Aussicht auf Erfolg nicht ohne gleichzeitige moralische Abdringung durchgeführt werden. Diese moralische Abdringung müsse vor allem in einer befriedigenden Lösung der Nationalitätenfrage bestehen.

## Die politische Bedeutung der Gemeindevahlen.

Die Gegner werfen uns wie noch jedesmal, so auch jetzt wieder vor, daß wir die Gemeindevahlen politisieren, daß wir den Kampf um die Gemeindestube seines lokalen und, wie sie gern sagen, wirtschaftlichen Charakters entkleiden, die Wähler auffordern, nach politischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Wir bekennen uns zu dieser Politisierung der Gemeindevahlen; hätten wir keinen anderen Grund, diese lokalen Kampffaktionen auf die höhere Ebene einer großen gesamtsstaatlichen Auseinandersetzung zu heben, als eben die Erwägung, daß ohne Nation, die im Kleinraum der Lokalpolitik verkommt, eine Arbeiterklasse, die ihre Kraft an die oft läppischen Sorgen lokaler Kaufereien verschwendet, nicht fähig sind, Großes zu begreifen und zu erreichen — es wäre Grund genug zur Politisierung der Wahlen. Aber es läßt sich weit mehr für diese Politisierung ins Treffen führen. Um Gemeindepolitik machen zu können, brauchen wir, das haben wir seit 1927 immer wieder betont, die freie Gemeinde. Der Klassenwille der Bourgeoisie, der das Gemeindestatutgesetz von 1927 geschaffen, eine durchgreifende Reform bisher verhindert hat, steht der Freiheit der Gemeinden im Wege. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als den Gemeindevahlkampf schon durch die Forderung nach der Freiheit der Gemeinden zu politisieren.

Bei jedem der bisherigen Gemeindevahlkämpfe wurde aber auch über politische Fragen höchster Ordnung entschieden. 1919 führten die Gemeindevahlen zum Sturz der Regierung Kramar und zur Bildung der rot-grünen Koalition unter Tufar. 1923 betrafen die Gemeindevahlen eine beträchtliche Schwächung des sozialistischen Einflusses in der nationalen Koalition und beschleunigten das Ende des ersten Parlamentes. 1927 folgten die Gemeindevahlen dem Bürgerblock ein erstes Halbesignal entgegen, verstärkten zugleich im Bürgerblock die agrarischen Tendenzen auf Kosten der Macht der Kleinrenten, leisteten den Prozeß ein, den die Landeswahlen von 1928, die Parlamentswahlen von 1929 fortsetzten. Auch diesmal werden die Gemeindevahlen, ob sie nun von allem Anfang politisiert werden oder ob sie unter der Maske unpolitischer Kaufereien um die Macht im Dorfe ausgetragen werden, ihre politischen Folgen zeitigen.

Wir stehen vor dem furchtbaren Winter, den Europa seit Jahrzehnten erlebt, vor dem der schwierigsten ökonomischen und finanziellen Situation, die an den Staat bisher herangetreten ist. Auf der einen Seite heißt es, der Massennot durch ausreichende Fürsorgeeinrichtungen steuern, durch geeignete handelspolitische und wirtschaftliche Maßnahmen Arbeit schaffen, zu verhindern, daß die hunderttausende Arbeitslosen vom Strom der Krise der völligen Vernichtung ihrer sozialen Existenz entgegengedrückt werden. Auf der anderen Seite verlangt das Defizit des Staatshaushaltes Sparmaßnahmen außerordentlicher Art. Das Problem, an dem soeben die englische Arbeiterregierung gescheitert ist, weil ihr nicht die nötigen Kräfte zur Verfügung standen, um ihren Ansichten im Parlament Geltung zu verschaffen, dieses Problem muß auch hierzulande gelöst werden. Das Programm der bürgerlichen Parteien ist sehr einfach, sie haben es in ihrer Presse während des Sommers wiederholt aufgedeckt: Abbau der Fürsorge, der Arbeitslosenunterstützung, Kürzung der Beamtengehälter, aber zu gleicher Zeit Erfüllung der großagrarischen Forderungen, Befestigung des Militarismus, weitere Aufrüstung der Armee. Wenn die Bürgerlichen bei den Gemeindevahlen so





Tagesneuigkeiten

Die Fahne der Arbeiter von Neu-Zittschin.

Die Genossen und Genossinnen von Neu-Zittschin und mit ihnen viele Abteilungen der Nachbarorganisationen...

Himmliche Intervention in Spanien.

Die Jungfrau Maria im politischen Kampf. Madrid, 31. August. (Havas.) Breite Schichten der spanischen Bevölkerung...

Das Meffa der Krebskranken.

Das Wirken und Hoffen des holländischen Arztes Dr. Bendien. - Die Reportage vom eigenen Tod.

London, Ende August. (Sig. Ber.) In London verstarb der in England sehr bekannte Journalist F. A. Mackenzie...

Schmerzen nachließen, das Gewicht zunahm, die Lebenslust neu erwachte. Mit einem Schlag wurde aus dem kleinen Dorfarzt Dr. Bendien ein berühmter Mann...

Vom Rundfunk

Donnerstag. Prog: 11.30 Schallplatten; 17.00 Schallplatten; 18.25 Deutsche Sendung; Dr. Ing. Ott...

In der heutigen Arbeitsschließung (spricht um 18.30 Uhr Genosse Dr. Robert Baumgärtel, Prag, über das Thema „Justiz und Sozialpolitik“.

werden sollen. Falls auf den Vieh- und Fleischmärkten sich eine Situation ergeben würde, die Anlaß zu einer Preisrevision bieten könnte...

Metallarbeiter, Achtung! Die Arbeiterschaft der Maschinenfabrik und Siederei Mach und Fischer in Gronow a. d. W. steht bereits seit mehreren Wochen im Streik...

14 Studenten erstochen. Bei der Besteigung des neuseeländischen Berges Ruapehu gerieten 14 männliche und weibliche Studenten...

Fünf Tage Qual. Am Pic des Canales (Pyrenäen) stürzte ein 15jähriger Gymnasiast auf einer Bergtour ab und blieb schwerverletzt...

Todesopfer eines Wollenbruchs. Aus Szeged (Ungarn) wird gemeldet: Der geistliche Wollenbruch hat, wie erst jetzt bekannt wird...

Bildwettbewerb bei Saaz. Sonntag um die elfte Nachmittagsstunde mieteten zwei fremde Männer ein vor dem Hotel „Engel“ in Saaz stehendes Personentaxi...

Eben Hedins-Expedition von Räubern überfallen. Berlin, 1. September. Aus Stockholm wird gemeldet, daß Dr. Bezel, ein Mitglied der Zentralasiene Expedition Sven Hedins...

U-Boot zusammengestoßen. 15.000 Pfund Dynamit an Bord. New York, 1. September. Das amerikanische U-Boot „S 12“ hatte im Panamakanal einen Zusammenstoß...

Hochzeit mit blutigem Ende. Russek, 1. September. In einem Dorfe des Bezirkes Czernowitz fand gestern eine Hochzeit mit tragischem Ende...

Ward um zehn Mark. In der Nähe von Bucha (Thüringen) wurde die achtjährige Tochter eines Gutsarbeiters ermordet im Walde aufgefunden...

Die Sechswaren werden nicht verteuert. Am Samstag, den 29. August, fand im Ernährungsministerium über die Frage der Sechswarenpreise die Beratung einer engeren Kommission statt...

Funkausstellung Dresden. Im Auftrage der Zweigstelle Auffig des Freien Radiobundes veranstaltet der Touristenverein „Die Naturfreunde“...



